



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und
Umwelt

14. November 2023

Sitzung des Stadtrates am 22.11.2023

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro-Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler

Vorlagen Nummer: VII/2023/05680

TOP: 9.2

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Die HAVAG bietet mit der Schülerzeitkarte i.V.m der optionalen Erweiterungsmöglichkeit „SchoolCard Upgrade Halle“ im Vergleich zu den Magdeburger Verkehrsbetrieben (MVB) bereits seit langem ein funktionierendes, kostengünstiges, anerkanntes und etabliertes Ticketmodell für die Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an. Aus der Bürgerschaft sind bisher hierzu auch keine Kritik oder Veränderungswünsche vorgetragen worden. Es besteht mithin kein Erfordernis, das bewährte Ticketsystem zu ändern.

Es entstünden bei der Einführung eines 9-Euro-Tickets für die halleschen Schülerinnen und Schüler, einer neuen freiwilligen Leistung, erhebliche finanzielle Mehraufwendungen für den städtischen Haushalt, die aufgrund der vertraglichen Vereinbarung (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag vom November 2020) zwischen der Stadt, der Stadtwerke Halle GmbH und der HAVAG durch die Stadt auszugleichen wären.

Je nach Szenario geht die HAVAG allein aufgrund der Umstellung des Ticketsystems hin zum 9-Euro-Ticket für hallesche Schülerinnen und Schüler von finanziellen Mehraufwendungen im Rahmen der Ausgleichsleistungen i.H.v. 1,8 Mio. Euro bis ca. 5,2 Mio. Euro aus (Abb. 1):

Abb. 1: Kalkulation – einschl. Verlustausgleich in Abhängigkeit möglicher Nutzungen im Freiverkauf (vgl. HAVAG, Präsentation im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 17.10.2023)



Nutzungsprognose		Gesamtsumme	Vertrag Schülerzeitkarte (bereits im Haushalt der Stadt Halle berücksichtigt)	Zusätzliche finanzielle Haushaltsbelastung der Stadt Halle (Saale)
100% der Anspruchsberechtigten	Anzahl Nutzende freiverkäufliche Tickets	21.363		
	Jahresbetrag 9-Euro-Ticket (neues Modell)	2.307.228,00 €		
	Jahresbetrag SchoolCard/-Upgrade (bisheriges Modell)	9.839.134,80 €		
	Delta	-7.680.519,80 €	2.520.836,00 €	-5.159.683,80 €
80% der Anspruchsberechtigten bezogen auf die Nutzung des freiverkäuflichen Tickets	Anzahl Nutzende freiverkäufliche Tickets	17.091		
	Jahresbetrag 9-Euro-Ticket (neues Modell)	1.845.828,00 €		
	Jahresbetrag SchoolCard/-Upgrade (bisheriges Modell)	8.316.514,80 €		
	Delta	-6.470.686,80 €	2.520.836,00 €	-3.949.850,80 €
60% der Anspruchsberechtigten bezogen auf die Nutzung des freiverkäuflichen Tickets	Anzahl Nutzende freiverkäufliche Tickets	12.818		
	Jahresbetrag 9-Euro-Ticket (neues Modell)	1.384.344,00 €		
	Jahresbetrag SchoolCard/-Upgrade (bisheriges Modell)	6.793.617,60 €		
	Delta	-5.409.273,60 €	2.520.836,00 €	-2.888.437,60 €
40% der Anspruchsberechtigten bezogen auf die Nutzung des freiverkäuflichen Tickets	Anzahl Nutzende freiverkäufliche Tickets	8.545		
	Jahresbetrag 9-Euro-Ticket (neues Modell)	922.860,00 €		
	Jahresbetrag SchoolCard/-Upgrade (bisheriges Modell)	5.270.720,40 €		
	Delta	-4.347.860,40 €	2.520.836,00 €	-1.827.024,40 €

Die Stadt Halle (Saale) ist bereits mit stark begrenzten Haushaltsmitteln konfrontiert, so dass die Bereitstellung eines 9-Euro-Schülertickets zu einer weiteren erheblichen Verknappung der verfügbaren Finanzmittel führen würde – nicht nur zu Lasten der Wartung und Instandhaltung von Verkehrsinfrastruktur und -ressourcen, sondern auch zu Lasten einer weiteren Förderung bzw. eines Ausbaus öffentlicher Mobilitätsangebote.

Darüber hinaus entstünden aufgrund möglicherweise zu erwartender Fahrgastzuwächse weitere finanzielle Mehraufwendungen für zusätzliches Personal, zusätzliche Technik/Fahrzeuge, Reparaturen/Instandhaltung und Infrastrukturmaßnahmen.

An dieser Stelle ist erneut und ergänzend darauf hinzuweisen, dass die ggf. nötige Finanzierung eines zusätzlichen Einnahmeausfalls nicht aus sogen. Regionalisierungsmitteln möglich ist.

Darüber hinaus ist die Ausfinanzierung des Deutschland-Tickets weder für 2024 noch für die Folgezeit endgültig geklärt. Vor dem geschilderten Hintergrund würde sich somit bei der Umsetzung des Antrages eine dauerhaft erhebliche finanzielle Zusatzbelastung für die Stadt Halle (Saale) ergeben, die in der Folge zumindest die Frage nach einer Reduzierung von ÖPNV-Angeboten provoziert – zumindest aber den weiteren Ausbau des Angebots infrage stellt.

Diese Aspekte zusammengenommen und die aktuelle Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) berücksichtigend, kann die Umsetzung eines solchen Tickets aus Sicht des Aufgabenträgers nicht verantwortet werden. Zudem dies auch eine freiwillige Leistung darstellen würde, die haushaltsrechtlich grundsätzlich zu hinterfragen ist. Die Beschlussfassung wäre aufgrund der skizzierten Sachlage – etabliertes und kostengünstiges Modell vorhanden, neue freiwillige Leistung, keine Deckungsvorschläge bei gleichzeitig erheblichen finanziellen Mehrbelastungen und gesetzlich erforderlicher Haushaltskonsolidierung – mindestens nachteilig für die Stadt.

René Rebenstorf
Beigeordneter